

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strelitz,
in Rieseritz bei J. Matthes,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Nr. 163.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Städte 1½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 5. März. Der Kaiser hat die Wahl des ordentlichen Professors in der medizinischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg, Dr. v. Recklinghausen zum Rektor dieser Universität für das Jahr vom 1. April 1883 bis zum 1. April 1884 bestätigt.

Der außerordentliche Professor Dr. F. Braun schreibt mit Ende des Winterhalbjahrs aus der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg aus. An derselben Universität ist der Privatdozent Dr. Kohlrausch vom nächsten Sommerhalbjahr ab zum außerordentlichen Professor in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fakultät ernannt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung.

Berlin, 5. März. Am Ministertisch: Lucius, v. Gobler, Scholz, Krieger.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung 11½ Uhr. Die Staatsberatung wird fortgesetzt, und zwar zunächst über den Nachtragsetat. Die Budgetkommission beantragt unveränderte Genehmigung. In diesem Etat werden bekanntlich zum Bau der Sekundarbahnen von Tilschau nach Palmiden 660,000 M. gefordert; 10,000 M. zahlt zu dem Bau à fonds perdu die Firma Stantien u. Sohn in Königsberg, welche einen Theil der Bernsteingewinnung gesucht hat.

Abg. Bücktemann hält die Rentabilität der vorgeschlagenen Bahn für den Staat nicht für genügend nachgewiesen und beantragt die Ablehnung der Forderung und Überweisung des Titels an die Kommission für die Sekundarbahnen.

Kämmerer Dr. Lucius und die Abg. Dr. Hammacher und Stengel treten für den Antrag der Kommission ein, welcher darauf auf Annahme gelangt.

Der Rest des Nachtragsetats veranlaßt keine wesentliche Debatte, ebensowenig der Rest des Etats der Finanzverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Im Etat des Kultusministeriums wird in Kap. 121, Tit. 25 zu widerruflichen Remunerationen an Schulauflichten Beamte die bisherige Summe von 427,470 Mark um 100,000 Mark vermehrt.

Abg. Knörke beantragte in zweiter Lesung, die geforderte Mehrsumme hier abzulehnen, dagegen in dem Tit. 29: „zur weiteren Verbesserung der Lage der emeritirten Lehrer“ einzustellen.

Der Antrag war der Budgetkommission zur Berichterstattung überlassen worden. Die Kommission beantragt heute durch den Abg. Graf Lüttichburg-Stürum den Antrag Knörke abzulehnen und die Positionen des Etats unverändert zu bewilligen.

Abg. v. Benda bittet die Regierung um Auskunft über ihre Stellung zu dem Antrage.

Finanzminister Scholz erklärt, daß nach der Aussöhnung der Regierung das Haus das Recht habe, Abstriche zu machen, aber nicht, die Finanzen anderer Titeln zuzuweisen. Die Regierung würde die Abstrich bei Tit. 25 beklagen; sie hält die Remunerationen für die Schulinspektoren für notwendig; dagegen scheint das Bedürfnis, den Unterrichtsfonds für emeritirte Lehrer zu vermehren, keineswegs beständig.

Abg. v. Bennigsen beantragt eine Resolution, wonach das

Haus die Erklärung ausspricht, daß die Regierung im nächsten Jahre ein Lehrer-Pensionsgesetz vorlege.

Abg. Knörke bedauert, daß die Regierung das große Bedürfnis der Lehrer-Emeritenfonds nicht anerkennt. Außer Mecklenburg entbehre in Deutschland nur der preußische Staat einer Regelung der Pensionsverhältnisse der Volksschullehrer, von denen noch 60 Prozent weniger als 60 Mark Pension beziehen, ein Theil davon sogar nur wenig mehr als 300 M. Unwürdig sei es auch,

dass bei der Zuwendung der Zulässigkeit Rücksicht auf die Wohlhabenheit der Hinterleben des Emeriten und auf sonstige Zuschüsse aus den freiwilligen Hilfsklassen genommen werde. Wenn die Schullehrer dieselben Pflichten wie die anderen Staatsdienner haben, so haben sie auch ein

Dienst-Pensionsfonds werden Lehrer, die im Interesse der Schule schon lange Dienst entbunden sein sollten, veranlaßt, denselben länger zu ver-

sehen, um sich von der unangenehmen Lage der Emeriten möglichst lange zu bewahren.

Finanzminister Scholz erklärt, nur das prioritäre Be-

dürfnis für die Vergrößerung der Unterhaltungsfonds für die Lehrer besteht zu haben, ohne dabei das Bedürfnis an und für sich zu

begrenzen. Es gebe noch viele Kategorien von Beamten, die ganz ebenso gern helfen möchten. Er müsse leider das Odium eines harten Mannes auf sich nehmen, wenn er die Interessen seines Ressorts wahren wolle.

Aus seiner Thätigkeit im Kultus- und Finanzministerium könne er bezeugen, daß die Interessen des Lehrerstandes der Regierung ebenso am

höchsten liege, wie die aller anderen Stände, das beweise unter Anderem die Erhöhung des Kultusetats von 18 auf 46 Millionen unter dem Ministerium Camphausen. Eine neue Regelung der Pensionsver-

hältnisse könnte auf dem Boden des bestehenden Schulunterhaltungsfonds nicht durchgeführt werden, darin stimme er mit dem Herrn

Minister allerdings die Hälfte der Schulunterhaltungsfonds übernehmen, der Staat wird aber vorher für eine Vermehrung der Reichseinnahmen durch

einige Jahre auf eine Erhöhung der Ausgaben denken kann. (Aha! und Sehr leicht links. Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen hält den Antrag Knörke in der gegebenen Form für unannehmbar und erklärt, daß er sich stets eine Beschränkung der Erhöhung von Etatspositionen auferlegen werde. In den Kom-

mmissionen haben zwei Regierungsvertreter erklärt, daß der Fonds von 100,000 Mark für die emeritirten Lehrer vollkommen genüge und im

Sabre noch 50,000 Mark übrig geblieben sind. Demgegenüber

hat er sich gefreut, vom dem Herrn Minister eine Bestätigung des

3200 emeritirten Lehrern bezogen, in vorigen Jahre noch

450 Mark Pension. Es sei nicht nur der Erfolg des Pen-

sionsgesetzes, sondern auch des Dotationsgesetzes notwendig; sollte

die Regierung erklären, daß sie ein solches einschließlich des Pensions-

Dienstag, 6. März.

1883.

gesetzes in dieser Session nicht vorlegen könne, so hoffe er doch, daß wenigstens das letztere im nächsten Jahre werde vorgelegt werden können. (Bravo! links.)

Abg. Rickert wundert sich, daß der Kultusminister sich noch nicht über die Sache hat hören lassen, obwohl es von ihm bekannt ist, daß er das Bedürfnis anerkennt. Redner erklärt das von dem Abg. Knörke vorgeschlagene Verfahren durchaus für verfassungsmäßig und gesetzlich. Die Erklärung des Herrn Finanzministers, daß das Haus dazu nicht berechtigt sei, habe ihn in Bewunderung gefestigt und er erhebe entschieden Protest gegen eine derartige Auffassung. Solche Fälle seien im Uebriegen schon öfter in der Budgetkommission vorgekommen. Unter normalen Verhältnissen würde er sich aus praktischen Gründen auch gegen Erhöhung von Positionen aussprechen; doch bei dem augenblicklichen Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung nehme er diese Rücksichten nicht. Der Finanzminister habe erklärt, daß ein finanzielles Hindernis für die Erhöhung des Titel 29 nicht vorliegt, er bestreite nur das prioritäre Bedürfnis für die Lehrer. Schon im vorigen Jahre habe der Finanzminister erklärt, daß man gebößt habe, das Pensionsgesetz dem Landtag von 1882 vorzulegen, daß aber der Abschluß des Staatshaushaltsetats dies verhindert habe; im Widerspruch damit stehe seine heutige Erklärung, daß das Pensionsgesetz nicht unabhängig von dem ganzen Schulunterhaltungswesen geregelt werden könne. Das ist wieder einer von den vielen Widersprüchen, an die man sich jetzt allmälig gewöhnt hat. Der anomale Zustand des Lehrerpensionswesens sei allgemein anerkannt und es sei Ehrensache der Regierung, denselben sogleich zu befreien. (Bravo! links.)

Finanzminister Scholz erkennt das Recht des Hauses nicht an, Abstriche an einem Posten zur Erhöhung eines anderen Postens zu machen. Zur Festsetzung eines Etatsstitels gehört der übereinstimmende Willen aller Faktoren der Gesetzgebung. Wenn der Abg. Rickert unter abnormalen Verhältnissen den Mangel einer parlamentarischen Regierung verstanden hat, so hoffe Redner, daß dieser Zustand noch recht lange andauern werde, aber sonst erkenne er normale Verhältnisse nicht an. Die Fortführung der Reichssteuerreform geschehe nur, um eine Anzahl von Verpflichtungen gegen das Volk zu efüllen.

Abg. Reichenberger (Köln) spricht seine Sympathie für den Lehrerstand aus, verteidigt aber nicht, daß sich in der Bevölkerung eine Verbitterung gegen gewisse Kreise der Lehrerschaft geltend mache, die durchaus gerechtfertigt sei und sich aus dem Bestreben vieler Lehrer, die christlichen Grundlagen des Staates zu schwächen, herleite, da dieselben zum großen Theil Abschaffung der geistlichen Schulinspektion und der konfessionellen Schule überhaupt erstrebten. Redner erklärt sich gegen den Antrag Knörke und für die Resolution v. Bennigsen.

Abg. Seyffarth (Liegny) erklärt, daß er Bedenken gegen den Antrag Knörke habe, weil er darin eine Animosität gegen die geistlichen Schulinspektoren, die Remunerationen zu beanspruchen haben, erblickt. Doch müsse er zugestehen, daß in den Pensionsverhältnissen der Lehrer ein schreiender Notstand bestehe. Vor allem müssen die Recherchen nach den Vermögensverhältnissen der Verwandten und den Ersparnissen der Emeriten aufhören bei der Abmessung der Pension, da es ein unwürdiger Zustand sei, die alten verdienten Lehrer bei ihren Kindern um Brot betteln zu lassen und sie für ihre Sparsamkeit gewissermaßen zu bestrafen. Unter den unwürdigen Pensionsverhältnissen leide zumeist die Schule, da die Lehrer wegen der ungünstigen Pensionen auch dann noch im Amte bleiben, wenn sie längst die geistige und körperliche Frische für ihren Beruf eingebüßt haben.

Kultusminister v. Gobler erklärt, daß die verlangten Summen für die Lokalspekulation nicht als Remuneration für die Inspektoren, sondern als Erstat für deren baare Auslagen gefordert werden. Im Uebriegen bestätigt der Kultusminister auf dem Boden seiner voraussichtlichen Erklärung zu stehen und nach Kräften das Zustandekommen des Pensionsgesetzes fördern zu wollen. Die Zuschuhsfonds werden theils für Gemeinden, die ihre Pflichten gegen die Emeriten nicht erfüllen können, theils für Emeriten, deren Pension ihnen kein auskömmliches Einkommen gewährt, verwandt. Auf eine Diskussion, wie man bei der Zuwendung der Zuschüsse verfahren, könne er bei der großen Anzahl der Fälle nicht eingehen. Als er wegen der Mittel für das Pensionsgesetz an das Finanzministerium herangetreten, seien ihm diese verweigert worden.

Abg. v. Minnigerode erklärt seine Sympathie für den Antrag v. Bennigsen, den er als eine Wiederholung des vorjährigen Antrags des Abg. Kropatsches bezeichnet und erkennt die müßige Lage der Emeriten an, kann jedoch dem Antrag Knörke nicht zusimmen.

Abg. Dr. Windhorst erklärt es für durchaus zulässig, von einem Posten einen Theil abzusehen und auf einen anderen Posten zu übertragen. Dem Minister stimme er darin bei, von dieser Praxis den seltenen Gebrauch zu machen. Er ist der Meinung, daß das Amt der Kreis- und Lokalschulinspektion nur als Nebenant vergeben werden soll und zwar, wie früher an den Klerus. Die durch das Eingehenlassen der Inspektion im Hauptamt gewonnenen Mittel könnten als Entschädigung für die Inspektoren im Nebenant verwandt werden. Da die Inspektoren im Hauptamt widerruflich ernannt werden, so wolle er für diese nichts bewilligen. Für die Lehrer würde er gern 100,000 Mark bewilligen, wenn nach der Beratung des Etats soviel übrig sein sollte. Wenn der Minister heute das Zustandekommen eines Pensionsgesetzes von der Bewilligung neuer Steuern im Reiche abhängig mache, so hoffe er, daß es keinen Eindruck machen und man sich um den Lehrern zu helfen, nicht etwa zur Bewilligung des Tabaksmonopols veranlaßt finden werde. Er hätte lieber eine Erhöhung des Zuwendungsfonds beantragt, das wäre den Lehrern lieber gewesen als die Aussicht auf ein neues Pensionsgesetz.

Darauf wird die Debatte geschlossen und nachdem Abgeordneter Knörke den zweiten Theil seines Antrags, die geforderte Mehrsumme von 100,000 M. zur Aufbesserung der Lage der Emeriten zu verordnen, zustimmt, wird der erste Theil (Streichung der Erhöhung der Remunerationen der Schulinspektoren) abgelehnt und die Tit. 25 und 29 unverändert genehmigt, ebenso mit großer Majorität die vom Abg. v. Bennigsen beantragte Resolution.

Die übrigen Positionen des Etats werden debattlos genehmigt, ebenso das Etatsgesetz. Der Präsident konstatiert, daß der Etat durch die Beschlüsse in zweiter Lesung wie folgt festgesetzt ist: Einnahmen: 1,082,961,938 M. deuernde Ausgaben 1,039,859,694 M. und Extraordinarium 43,102,241 M.

Das Haus vertagt sich darauf auf Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf, betreffend die Wohnungsgeldzuschüsse der Gym-

nasiellehrer, Antrag Hansen auf Änderung der Stempelgesetzgebung, Wahlprüfungen. Schluss 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 5. März. [Vorlegung des Etats für 1884/85. Änderungen des Zolltariffs.] Die Absicht des Reichskanzlers, nach der Wiedereröffnung des Reichstages, wenn durch den Beginn eines neuen Etatsjahres der formelle Einwand der Verfassungswidrigkeit erledigt sein wird, den Etat für 1884/85 von Neuem einzubringen, wird offiziell damit motiviert, daß man auf diese Weise für den nächsten Herbst und Winter den Reichstag entlaste, die Zeitvertheilung zwischen diesem und dem Abgeordnetenhaus doppelt erleichtere, einmal infolge die Arbeit der Feststellung eines Reichsbudgets dann nicht geleistet zu werden braucht, und außerdem, weil der Reichstag eben deshalb in seiner nächsten Session an keinen bestimmten Termin gebunden sein werde. Das Argument verliert indes, was es etwa an schenkbarem Gewicht auf den ersten Blick haben könnte, vollständig durch die Erwögung, daß der Reichstag nach der Wiedereröffnung seiner Sitzungen am 3. April durchaus keine überflüssige Zeit haben wird, über welche man behufs Entlastung der nächsten Session disponieren könnte. Wenn bei einer Etatsberatung, welche wenige Wochen nach einer vorhergegangenen stattfände, allerdings von selbst die allgemeine politische und volkswirtschaftliche Kritik fortstelle, so würde diese doch in der nächsten Session jedenfalls bei besonders dazu geschaffenen Anlässen — Interpellationen, Anträgen etc. — oder bei Gelegenheit von Regierungsvorlagen nachgeholt werden, und der Zeitgewinn wäre also ein illusorischer. Allm. Anschein nach soll durch die alsbaldige Herbeiführung der Etatsberatung pro 1884/85 hauptsächlich die Ansicht ad absurdum geführt werden, mit welcher die Ablehnung dieser Beratung vor einigen Wochen begründet wurde: daß nämlich so lange vor dem Beginn des Etatsjahres eine materiell einigermaßen zutreffende Aufstellung eines Voranschlags unthunlich sei. Indes für die Richtigkeit desselben würde aus der Thatache, daß sich nun nach Beseitigung des verfassungsmäßigen Hindernisses eine Majorität dafür gefunden hätte, offenbar nichts zu folgern sein; erst die Erfahrung würde darüber entscheiden. Vor Allem aber wird bei der Meinung, daß Faktum dieser Etatsaufstellung würde etwas für die Möglichkeit zweijähriger Etatsperioden beweisen, übersehen, daß nach der Einführung solcher der Regel nach mindestens ein Jahresetat noch erheblich längere Zeit vor dem Beginn des Jahres, für welchen er bestimmt wäre, beschlossen werden müste. — Die Nachricht, daß Fürst Bismarck geäußert habe, er wolle auf neue Erhöhungen des Zolltarifs verzichten, falls die Freihändler den Versuch aufzäben, Ermäßigungen herbeizuführen, verdient keinen Glauben. Schon die Existenz der Vorlage über die Erhöhung der Holzzölle, deren Vertheidigung seitens der Regierung mit allem Nachdruck erfolgen wird, beweist es; der Landwirtschaftsminister Lucius ist zu diesem Behuf speziell deshalb in den Bundesrat berufen worden, weil er kein Agrarier ist, vielmehr zuweilen den Forderungen derselben entgegnet, und man sich deshalb gerade von seiner Befürwortung der Erhöhung der Holzzölle Eindruck auf schwankende Mitglieder verspricht. Aber auch abgesehen von den Holzzöllen fehlt es durchaus nicht an Anhaltspunkten dafür, daß der Kanzler noch immer auf dem Standpunkte sich befindet, welchen er vor einiger Zeit mit den Worten andeutete, er sei jeder Forderung von Zollerhöhungen prinzipiell geneigt, und er werde jede Zollermäßigung bekämpfen. Auch die Schwierigkeiten, auf welche die Erneuerung des Handelsvertrags mit Spanien führt, sind zum Theil groben hierauf zurückzuführen, nicht bloß auf die Beschwerden der deutschen Regierung über die unrechte Handhabung der spanischen Zollvorschriften durch die dortigen Zollbehörden. Aber man wird auch nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß Fürst Bismarck selbst solchen Bestrebungen, wie sie jetzt in Schlesien auf Einführung eines Wollzolles sich geltend machen, sympathisch gegenübersteht; unter den Führern dieser Agitation ist mehr als einer, der mit der Regierung „Fühlung“ hat. Hier thut nach wie vor entschiedene Abwehr Noth.

— In der am 3. März unter dem Vorsitz des königlichen preuß. Staats- und Finanzministers Scholz abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen die Vorlagen betreffend eine internationale Vereinbarung über technische Einheit im Eisenbahnwesen; die Abgabe stark wirkender Medikamente in den Apotheken. Die Versammlung beschloß, daß die Zucker-Enquete-Kommission aus zwölf Mitgliedern, nämlich aus vier Beamten der Steuerverwaltung und aus acht Sachverständigen der Zucker-Industrie und des Rübenbaues zu bestehen habe, und regelte die Anteilnahme der einzelnen Bundesregierungen an der Erneuerung dieser Kommissionsmitglieder. Die von dem Reichstage zu dem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetat für 1883/84, beschlossenen Resolutionen wurden dem Herrn

Reichskanzler überwiesen. Den Anträgen der Ausschüsse gemäß genehmigte die Versammlung die Einführung eines einheitlichen Formulars für die zum Gebrauche im Reichsgebiete bestimmten Staatsangehörigkeits-Ausweise und erklärte sich schließlich damit einverstanden, daß der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Neblaustrankheit schon jetzt zur öffentlichen Kenntnis gebracht werde.

— In den Konferenzen mit den leitenden Ministern der beiden süddeutschen Königreiche ist bis jetzt, wie festzuzeichnen scheint, eine Einigung über die Briefmarken-Angelegenheit nicht erzielt worden. Die Verhandlungen sollen demnächst fortgesetzt werden.

— Über den Inhalt des Kaiserlichen Schreibens an den Papsttheilt die „Köln. Ztg.“ mit, daß in demselben in höflicher und versöhnlicher Wendung der Standpunkt des früheren Briefes vom 22. Dezember v. J. festgehalten werde. Das Schreiben nehme mit Befriedigung Alt davon, daß die Erfüllung der Anzeigepflicht auch nach römischer Ansicht den Grundsätzen der Kirche nicht widerspreche und daß der Papst grundsätzlich dazu bereit sei, die Erfüllung der Anzeigepflicht zu gestatten. An diese vom Papste selbst ausgesprochene Überzeugung werde sodann die Hoffnung einer baldigen Verwirklichung der versöhnlichen Absichten des Papstes geknüpft.

— Aus sicherster Quelle wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet, daß der Kriegsminister v. Kameke sein Entlassungsgesuch eingereicht und daß dasselbe die kaiserliche Genehmigung erhalten habe. Die betreffende Alerhöchste Ordre werde noch im Laufe des Montags erwartet. Gerüchte bezeichneten als Nachfolger den General Bronsart v. Schellendorf, Kommandeur der zweiten Garde-Infanterie-Division, oder den General v. Caprivi, früher Departementsdirektor im Kriegsministerium, jetzt Kommandeur der 30. Infanterie-Division in Metz. Es hat den Anschein, als ob die Bemühungen des Kriegsministers, das Zugeständniß der Heranziehung der Offiziere wenigstens mit ihrem Privatvermögen zu den Kommunalsteuern zu erreichen, gescheitert seien. Unter diesen Umständen hat der Kriegsminister die Verständigung mit dem Reichstage über die Erhöhung der Militärpensionen für aussichtslos erachtet.

— Der „Frankf. Z.“ zufolge beantragt die Finanzkommission der Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt a. M., die Versammlung wolle dem Magistrat zur Erwähnung anheimgeben, in wie weit eine Aufhebung der beiden untersten Stufen der städtischen Klassesteuer thunlich sei. Für das Etatjahr 1883/84 ist die Aufhebung noch nicht in Aussicht genommen.

Pest, 5. März. [Telegramm.] Im Abgeordnetenhaus führt in der Generaldebatte über die Gesetzvorlage betr. die Mittelschulen der Referent Georg Szathmary aus, daß nach der Entstehungsgeschichte des ungarischen Unterrichtswesens der neuesten Zeit fast alle Zweige möglichst geregelt worden seien, nur im Mittelschulwesen herrschten Zustände, welche der heutigen Notwendigkeit nicht entsprachen. In Ungarn existierten 15 Mittelschulen, in denen die Staatssprache bis jetzt nicht bekannt sei. Die Ansichten über die Regelung der Mittelschulen wären divergirend, wollte man sich auf diesen Weg begeben, so würde man aus Versuchen und Experimenten niemals herauskommen. Die Vorlage bezwecke eine Anpassung an das praktische Leben; außer pädagogischer Regelung wünsche dieselbe auf der Basis des Nationalitätengesetzes nur so viel Recht für die Staatssprache, als allen anderen im berufenen Geseze zugesichert seien, der zweite Hauptzweck der Vorlage gehe dahin, strengere Regeln bei den Maturitätsprüfungen einzuführen, — dadurch würde der Grad der Bildung und Fähigkeit gehoben. Schließlich verfolge die Vorlage der Qualifikationsrichtung nach nur den Weg des Rechtes, und der Willigkeit, wenn dieselbe wünsche, daß nur solche Lehrer den Befähigungsgrad erhalten sollen, welche sich Kenntnis der Staatssprache und dem nötigen Bildungsgrad erworben. In Bezug auf die konfessionelle Seite der Angelegenheit appellirte Redner an den Patriotismus aller Konfessionen und bat, dem Staat dasjenige nicht abzusprechen, was der Staat rechtlich fordern könne. Man solle bedenken, daß der Staat keinen Kulturmampf heraufbeschwören wolle und daß er nur das verlange, was ihm nicht abgesprochen werden könne und dürfe. Wer etwas Anderes in diesem billigen Vorgehen finde, gehe mala fide vor. Ungarn hätte den Nationalitäten und Konfessionen so oft weiße Blätter gereicht, nun wäre es an der Zeit, auch an sich selbst zu denken. Er empfahl unter lebhaftem Beifall die Annahme der Vorlage.

Der Kultusminister Treffort sagte, schon im Jahre 1870 hätte er gefühlt, daß das allgemeine Unterrichtswesen den Bedürfnissen nicht entspreche. Es wäre evident gewesen, daß die Regelung dieser Frage früher oder später erfolgen müste. Im Prinzip wäre Jedermann hiermit einverstanden gewesen, die Ausführung wäre jedoch stets Schwierigkeiten begegnet. Nach dem Tode des Barons Götzös wäre er im Jahre 1872 bestürmt worden, Reformen für den Mittelschulunterricht einzuführen. Es wären sofort Fachmänner einberufen worden, um die Angelegenheit zu besprechen und noch hätte man keine Einwände gegen die Inangriffnahme der Regelung gehabt. Erst 1874 wäre die konfessionelle Agitation in Fluss gerathen. Der Minister konstatierte ferner, daß er nie beabsichtigt hätte, die Autonomie der Protestanten anzutreten und daß er auf die gestellten Forderungen mit der Vorlage des Jahres 1875 geantwortet hätte. Diese Vorlage wäre aber auf Antrag eines Abgeordneten von der Tagesordnung gestrichen worden. Welcher Entwurf auch immer akzeptirt worden wäre, das Land hätte dadurch nur gewonnen und die desolaten Zustände wären nicht bis in die heutige Zeit hineingeschleppt worden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede sagte der Minister, daß der Gesetzentwurf zwei Aufgaben habe, nämlich eine politische und eine kulturelle oder didaktische: die Erhaltung des Unterrichts und die Sicherung desselben. Er habe demnach das Hauptgewicht auf die Maturitätsprüfung und Lehrerbildung gelegt. Bei ersterer

müsste dem Staat die Kontrolle gesichert werden; der Unterrichtserfolg hänge aber von der Qualifikation des Lehrkörpers ab, und da jede Konfession das Recht habe Schulen zu errichten, so müsse sich der Staat die Entscheidung über die Qualifikation auch hier vorbehalten. Der Minister ging darauf auf das Separativotum über, welches einerseits die Vereinigung des Gymnasial- und Realunterrichtes anstrebe, andererseits die Überbildung der Schüler beklage. Die Vereinigungsfrage wäre im Allgemeinen schon entschieden und allenthalben als unmöglich anerkannt; die Ursachen der Überbildung wären in schlechter Lehrmethode zu suchen. Man müsse für tüchtige Direktoren sorgen, das Separativotum sollte aber die Lehrer möglichst unabhängig vom Direktor machen; dadurch würde man zu noch größerer Überbildung der Schüler kommen, weil jeder Lehrer das Hauptgewicht auf seinen Geigenstand lege. — Auf die Petition der siebenbürgischen evangelischen Superintendentur übergehend, welche auch in Deutschland verbreitet wurde, bemerkte der Minister, dieselbe trage einerseits den Charakter vollständiger Negierung der Staatsgewalt, andererseits den Charakter der Verhorrecirung des ungarischen Staates. Das Hauptgravamen bilde, daß die ungarische Sprache von nun an obligatorisch werde; wenn aber in den ungarischen Schulen die deutsche Sprache obligatorisch sei, so könnten sich die Sachsen nicht beklagen, wenn man in ihren Schulen für die ungarische Sprache dieselbe Begünstigung verlange. Die Sachsen befürchteten von den sie umgebenden Rumänen verschlungen zu werden, suchten aber auf unrichtigem Wege Abhilfe, indem sie Deutschland, auf dessen Freundschaft die Ungarn so hohen Werth legen, irrführten. In Deutschland glaube man, daß die sächsische Universität eine Hochschule à la Heidelberg sei (Heiterkeit), man glaube dort, daß die sächsischen Schulen auf der Höhe moderner Kultur ständen — dies sei aber bei aller speziellen Vorzüglichkeit nicht der Fall. Der Redner würde bedauern, wenn die Sachsen von den sie in Mehrheit umgebenden Rumänen verschlungen würden; diesem Schicksale würden sie aber nicht durch Agitation gegen Ungarn, sondern am sichersten dadurch entgehen, wenn sie ihre Superiorität auf volkswirtschaftlichem Gebiete bekräftigen und durch die Aneignung der ungarischen Sprache sich die Qualifikation für die höheren Staatsämter erwerben würden. Sie möchten lieber durch sanitäre Maßnahmen auf Vermehrung ihres Stammes hinwirken und durch Aufrechthaltung der deutschen Kultur sich auch die ungarische Kultur aneignen. Der Minister empfahl die Vorlage, sollte dieselbe jedoch wider Erwarten abgelehnt werden, so müsse er bitten, gleichzeitig zu beschließen, daß diese Angelegenheit vor 5 Jahren nicht wieder auf's Tapet gebracht und das bisherige unwürdige Spiel nicht fortgesetzt würde. (Lebhafte Beifall.)

Hermann, der Antragsteller der Minorität, vertritt den interkonfessionellen nationalen Standpunkt, und erklärt, der Gesetzentwurf sei in konfessionell-nationaler Sicht unbefriedigend und verleihe bestehende Gesetze. Der Redner protestirt dagegen, daß die Unabhängigkeitspartei mit dem Schulverein gleiche Sache mache, denn wenn sie zur Regierung gelangen sollte, so würde sie mit der Magyarisierung radikal vorgehen. Gyoergy (Protestant) tritt für die Vorlage ein und bemerkt, die kirchliche Autonomie diene seit langer Zeit schon als Deckmantel für Nationalitäts-Hetzereien, gegen welche man schon lange kämpfen sollen. Eine autonome Kirche kämpfe jetzt gegen Ungarns Freiheit und Verfassung, das dürfe nicht geduldet werden. Kovach (Protestant) spricht ebenfalls für die Vorlage und führt aus, daß die bisherige kirchliche Politik der Regierung die Konfessionen misstrauisch gemacht habe, weshalb er die Vorlage begrüßte. Die Minorität wolle die Mittelschuleinheit. Die protestantische Autonomie sei wohl werthvoll für Ungarn, denn in der Bedrängnis Ungarns sei sie für die Konstitution und die Freiheit eingetreten, weshalb sie auch von den Katholiken unterstützt worden sei; sie dürfe aber heute den nationalen Fortschritt nicht hindern. (Fortsetzung morgen.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, 6. März.

r. Der Verein der deutschen Fortschrittspartei hielt am 5. d. M. im Handelsaal unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Bankdirektor C. Meyer, seine Generalversammlung ab. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende die Versammlung mit der Mitteilung eröffnet hatte, daß der bisherige Vorsitzende, Kaufmann G. Lange, den Vorstand niedergelegt habe, verlas der Schriftführer des Vereins, Kaufmann H. Meyer, den Jahresbericht pro 1882, dem Folgendes zu entnehmen ist:

Mit dem Jahre 1882 hat der Verein das 4. Jahr seines Bestehens beschlossen. Im abgelaufenen Jahre hatte der Verein eine rege politische Tätigkeit zu entfalten, da in diesem Jahr die Landtagswahl fiel. Nach dem Beschluß der Generalversammlung bildete der Vorstand durch Kooperation einer größeren Anzahl von Wählern, welche zum Theil den befürworteten liberalen Parteien angehörten, ein Wahlkomitee, welches die Wahl des Landgerichtsdirektors Wozewski aus Thorn, eines bewährten Fortschrittmannes, gegen Polen und Konservative, von denen die letzteren einen Nationalliberalen als Kandidaten aufstellten, mit großer Majorität durchsetzte.

Die Wahlosten betragen 1064 M., welche durch freiwillige Beiträge mehr als gedeckt wurden, so daß ein sich ergebender Überschuss von 431 M. gemäß dem Beschluß des Komites der Vereinskasse überwiesen werden konnte, aus welcher später allerdings ein Zufluss zu den Kosten der Stadtoberhauptenwahlen geleistet wurde. Nach der Landtagswahl blieb das Landtags-Wahlkomitee auch für die Stadtverordnetenwahlen bestehen, wozu noch die Kooperation einiger Herren erfolgte. Der Vorstand hielt es mit dem Komitee für angezeigt, bei den Stadtverordnetenwahlen den politischen Standpunkt nicht als Hauptfordernis für die Kandidaten gelten zu lassen und auch für solche konservative deutsche Kandidaten einzutreten, welche ihre hervorragenden Fähigkeiten dem Wohl unserer Stadt zu widmen geneigt sind. Eine außerordentliche Generalversammlung ertheilte dem Vorstand für dieses selbständige Vorgeben, welches die Kürze der Zeit erforderte, Indemnität unter Annahme einer Resolution, in welcher der Vorstand ersucht wurde, in Zukunft ein Zusammensein mit den Konservativen zu vermeiden. Das Komitee setzte auch die Wahl der von ihm aufgestellten und von den Bezirksversammlungen genehmigten Kandidaten durch, gegen die Konservativen, welche keinen, und gegen die Polen, welche nur einen ihrer Kandidaten durchbrachten, und denen wiederum ein Sitzen abgenommen worden ist. Man könne es bedauerlich finden, daß die Verhältnisse sich derartig zugespitzt haben, daß die Majorität der deutschen Wähler die polnische Minorität in der städtischen Vertretung nach und nach

verdrängt. Die Deutschen seien aber leider zu diesem Kampfe gezwungen durch die Haltung der Polen, welche das polnisch-nationale Interesse, dem jetzt noch das ultramontane hinzutritt, allem Nebigen vorstellen und namentlich auf dem Gebiete der Schule eine unerwünschte Anhäufung entgegenstellt Politik in der Kommune verfolgen. Der Vorstand erledigte die aufenden Geschäfte in 13 Sitzungen; der Parteidienst für Schlesien und Polen wurde in Breslau durch drei Delegirte beauftragt. Vorträge wurden durch die Abgeordneten Zelle und Rekler gehalten; Landgerichtsdirektor Wozewski hielt seine Kandidatenrede. Nach der „Parlamentarischen Korrespondenz“ ist das Organ der Partei der „Reichsfreund“. Der Verein schließt mit 176 Mitgliedern; eine Vermeidung der Mitgliederzahl sei dringend zu wünschen, da ein möglichst großer Stamm gesinnungstüchtiger Männer notwendig sei, welche mit Eifer zur Zeit der Wahlen thätig sind. — Der Bericht schloß mit der Hoffnung, daß die Fortschrittspartei in Polen fortwährend erfahre, und das liberale deutsche Bürgerthum auch in Zukunft die Fahne des Liberalismus hoch halten werde.

Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Berichte verlas Stadt- und Landesdirektor Schmidt, Rendant des Vereins, den Kassenbericht. Danach trat die Einnahme im Jahre 1882: 1209 M., wovon 404 M. Bestand vom Vorjahr; die Ausgabe 480 M., so daß ein Bestand von 725 M. verblieben ist. Von der Versammlung wurden die Herren Wall und J. A. Kuttner beauftragt, die Rechnungen &c. zu revidieren und event. Decharge zu ertheilen.

Der Vorsitzende verlas alsdann ein Schreiben des bisherigen Vorsitzenden, Kaufmanns G. Lange, in welchem dieser erklärt, verbindliche Verhältnisse und Überbildung mit anderen Pflichten veranlassen ihn den Vorstand niederzulegen, sowie eine etwaige Wiederwahl in den Vorstand nicht anzunehmen. — Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen der Vorstand möge Herrn Lange den Dank für die bisherige Leitung des Vereins abstatte.

Als dann wurde zu den Wahlen geschritten. Wiedergewählt wurden die bisherigen Vorstands-Mitglieder: Bankdirektor C. Meyer, Stadt- und Landesdirektor Schmidt, Kaufmann Hermann Meyer, Kaufmann Ad. Kantorowicz, Gutsfabrikant Ziegler, Arzt Dr. Friedländer, Maurermeister Prausnitz; neu gewählt Rechtsanwalt Faber, Bank-Buchhalter Schneider.

Kaufmann H. Meyer forderte zu recht zahlreichem Abonnement auf den „Reichsfreund“ auf. Kaufmann Neuländer beantragte der Vorstand möge dem Abg. Eugen Richter im Namen des Vereins den Dank für sein mannhaftes Auftreten aussprechen. Dieser Antrag wurde angenommen, und die Versammlung, welche abends begonnen hatte, nach halbstündiger Dauer alsdann geschlossen.

— **Personal-Veränderungen.** Der bisherige Baumeister Scheibner, zur Zeit in Carnstau, ist zum Regierungs-Baumeister ernannt worden. Der Kreissteuereinnehmer Pössart ist von Kreisbaumeister Kratoschin vom 1. April d. J. veretzt. Der Kreissteuereinnehmer Luer in Krotoschin ist von diesem Zeitpunkte ab pensioniert. Der Regierungs-Zivilsupernumerar Landgraf ist als Hilfsarbeiter des Landratsamtes in Kempen kommittiert. Der Militärmärter Koeber ist zum Regierungs-Kanzleidirektor ernannt. Der Stations-Assistent Kretschmer in Hopfgarten ist zum Bahnmeister ernannt.

A. Entlassungs-Gesuche. Gesuche um Entlassung im Militärdienst befindlicher Mannschaften können aus denjenigen Gründen gestellt und berücksichtigt werden, welche für die Zurückstellung militärischer pflichtiger gelten. Die zur Begründung des Entlassungsgeuchs eingetragenen Verhältnisse dürfen aber erst nach der Aushebung eingetreten sein. (R. Wilh. Ges. S. 53.) Solche Gesuche sind an den Generalvorsitzenden der Kreis-Erich-Kommission zu richten, sie geben von hier aus mit einem Gutachten versehen, zur Entscheidung an den kommandirenden General desjenigen Armeekorps, in welchem der Reklamire seiner aktiven Dienstpflicht genügt, — bei Marine-Mannschaften entscheidet der Chef der kaiserlichen Admiralität in Gemeinschaft mit der in der dritten Instanz fungirenden Zivilbehörde des Heimathabes des Reklamiren. Die Entlassung eines Reklamire erfolgt gewöhnlich erst am allgemeinen Entlassungstermine. Dagegen haben die Mannschaften der Reserve, Landwehr, und der Ersatzreserve I. Klasse, welche für den Mobilisationsfall hinter die lezte Jahresklasse der Reserve oder Landwehr in die dagehenden Gesuche bei dem Vorsieher der Gemeinde also geprüft und der verstärkten Geschäftskommission demnächst zur Entlassung vorgelegt. Dies erfolgt alljährlich einmal im Anschluß an die Musterring-Geschäft. Mannschaften, welche wegen Kontrollierung nachdienen mußten, haben keinen Anspruch auf Zurückstellung. Ein besonderer Termin für Einreichung der Zurückstellungsgesuche steht nicht, doch empfiehlt es sich dieselben immer zu Anfang des Jahres einzureichen, damit für die Prüfung bis zum Musteringstermin genügende Zeit übrig bleibt.

r. In Betr. der Schreibweise der Schüler in den von ihnen besuchten Schulen im Regierungsbezirk Posen amtlich zu führenden Namenslisten hat die königl. Regierung unter dem 15. v. M. folgende Bestimmungen erlassen: 1. Hinsichtlich der Vornamen gilt der Grundfaß, welcher für die Personenstandsakten maßgebend ist, nämlich sämmtliche Namen, mithin auch die von Kindern und von Jugendlichen, in erster Linie in der deutschen Form einzutragen sind. 2. von hier aus mit einem Gutachten versehen, zur Entscheidung an den kommandirenden General desjenigen Armeekorps, in welchem der Reklamire seiner aktiven Dienstpflicht genügt, — bei Marine-Mannschaften entscheidet der Chef der kaiserlichen Admiralität in Gemeinschaft mit der in der dritten Instanz fungirenden Zivilbehörde des Heimathabes des Reklamiren. Die Entlassung eines Reklamire erfolgt gewöhnlich erst am allgemeinen Entlassungstermine. Dagegen haben die Mannschaften der Reserve, Landwehr, und der Ersatzreserve I. Klasse, welche für den Mobilisationsfall hinter die lezte Jahresklasse der Reserve oder Landwehr in die dagehenden Gesuche bei dem Vorsieher der Gemeinde also geprüft und der verstärkten Geschäftskommission demnächst zur Entlassung vorgelegt. Dies erfolgt alljährlich einmal im Anschluß an die Musterring-Geschäft. Mannschaften, welche wegen Kontrollierung nachdienen mußten, haben keinen Anspruch auf Zurückstellung. Ein besonderer Termin für Einreichung der Zurückstellungsgesuche steht nicht, doch empfiehlt es sich dieselben immer zu Anfang des Jahres einzureichen, damit für die Prüfung bis zum Musteringstermin genügende Zeit übrig bleibt.

r. In Betr. der Schreibweise der Schüler in den von ihnen besuchten Schulen im Regierungsbezirk Posen amtlich zu führenden Namenslisten hat die königl. Regierung unter dem 15. v. M. folgende Bestimmungen erlassen: 1. Hinsichtlich der Vornamen gilt der Grundfaß, welcher für die Personenstandsakten maßgebend ist, nämlich sämmtliche Namen, mithin auch die von Kindern und von Jugendlichen, in erster Linie in der deutschen Form einzutragen sind. 2. von hier aus mit einem Gutachten versehen, zur Entscheidung an den kommandirenden General desjenigen Armeekorps, in welchem der Reklamire seiner aktiven Dienstpflicht genügt, — bei Marine-Mannschaften entscheidet der Chef der kaiserlichen Admiralität in Gemeinschaft mit der in der dritten Instanz fungirenden Zivilbehörde des Heimathabes des Reklamiren. Die Entlassung eines Reklamire erfolgt gewöhnlich erst am allgemeinen Entlassungstermine. Dagegen haben die Mannschaften der Reserve, Landwehr, und der Ersatzreserve I. Klasse, welche für den Mobilisationsfall hinter die lezte Jahresklasse der Reserve oder Landwehr in die dagehenden Gesuche bei dem Vorsieher der Gemeinde also geprüft und der verstärkten Geschäftskommission demnächst zur Entlassung vorgelegt. Dies erfolgt alljährlich einmal im Anschluß an die Musterring-Geschäft. Mannschaften, welche wegen Kontrollierung nachdienen mußten, haben keinen Anspruch auf Zurückstellung. Ein besonderer Termin für Einreichung der Zurückstellungsgesuche steht nicht, doch empfiehlt es sich dieselben immer zu Anfang des Jahres einzureichen, damit für die Prüfung bis zum Musteringstermin genügende Zeit übrig bleibt.

— Gebammenprüfung. Im Laufe der vorigen Woche wurde die Gebammenräuberinnen der hiesigen Provinzial-Gebammen-Lehranstalt durch die Prüfungskommission examiniert. Letztere bestand aus dem Regierungs-Medizinalrat Dr. Gemmel als Vorsitzenden und den Apotheker-Räubern Dr. Gail und Cohn. 20 Schülerinnen haben die Prüfung erhalten.

— Schankkonsenze. Auf der hiesigen Regierung wurden unter Beschluss des Geh. Regierungsrath Göde in voriger Woche Termine zur Entscheidung über Refuse wegen Verzägung von Konfisenzen zum Betriebe von Schankwirtschaften &c. abgehalten. Sämtliche Anträge sind mit Ausnahme von zweien abgewiesen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Königsberg i. Pr., 5. März. [Die Betriebs-Gesetze 1882] nähme der Ostspreußischen Südbahn pro Februar 5,234 M. betrug nach vorläufiger Feststellung: Im Personenverkehr 9000 M., zusammen mit Güterverkehr 496,054 M., an Extraordinarien 9000 M., zusammen mit Gütern 559,388 M., im Monat Februar 1882 definitiv 355,538 M., mehr gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs 203,850 M. Der Betrieb ist mit 1. Januar bis 1. Februar 1883 im Ganzen 1,043,412 M. gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs 265,631 M.

Meteorologische Beobachtungen an Posen
im März.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
5. Märs.	760,9	W schwach	halbheiter	+ 6,0
5. Abends	752,7	W schwach	bedeckt	+ 1,2
6. Morgens	738,5	W schwach	bedeckt	+ 0,4
Am 5. Wärme-Maximum:	+ 8°0	Cels.		
Wärme-Minimum:	- 2°9			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5. Märs. Morgens 2,04 Meter.
5. Mittags 2,04
6. Morgens 2,10

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 5. Märs. (Schluss-Course.) Schwach, rubig. Die von der deutschen Effekten- und Wechselbank heute eingeführten böhmischen Nordbahntickets wurden zu 157 a 158 umgesetzt. Lond. Wechsel 20,467. Pariser do. 81,10. Wiener do. 170,60. R. W. S. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 101. R. W. Pr. Anth. 126. Reichsanl. 102. Reichsbank 149. Darmst. 159. Meining. 81 96. Ost. ung. 81 70. Kreditaktien 275. Silberrente 67. Papierrente 66. Goldrente 83. Ung. Goldrente 76. 1860er Loope 121. 1864er Loope 320.000. Vng. Staats. 227,80. do. Ost. Obl. II. 94. Böhm. Westbahn 257. Elisabethb. —. Nordwestbahn 179. Galizier 264. Franzosen 295. Lombarden 125. Italiener 90. 1877er Russen 90. 1880er Russen 73. II. Orientanl. 58. Bentr. Pacific 112. Distrikto-Rommundit. —. III. Orientanl. 58. Wiener Bankverein 102. 5% österreichische Papierrente 66. Buschfehrader —. Egypter 75 exel. Gotthardbahn 112. Türk. 13.

Rath-Saals der Börse: Kreditaktien 276. Franzosen 295. Galizier 264. Lombarden 125. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 74. Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 5. Märs. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 274. Franzosen 294. Lombarden 124. Galizier 283. österreich. Papierrente —. Egypter 74. III. Orientanl. —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 112. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbthal —. 4proz. ung. Goldrente 76. II. Orientanleihe —. Schwach.

Wien, 5. Märs. (Schluss-Course.) Schluss schwächer. Papierrente 78,40. Silberrente 78,65. Deuterr. Goldrente 97,75. 6-proz. ungarische Goldrente 120,00. 4-proz. ung. Goldrente 89,20. 5-proz. ung. Papierrente 87,25. 1854er Loope 118,25. 1860er Loope 131,00. 1864er Loope 167,50. Kreditloope 171,25. Ungar. Prämien 117,60. Kreditaktien 315,50. Franzosen 345,30. Lombarden 145,75. Galizier 309,25. Kasch. 145,75. Nordwestbahn 151,50. Nordwestbahn 209,75. Elisabethbahn 214,25. Nordbahn 279,00. Österreich. ungar. Bank —. Türk. Loope —. Unionbank 118,00. Ingol. Luft 118,00. Wiener Bankverein 112,90. Ungar. Kredit 315,50. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 119,70. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,25. Napoleon 9,49. Dutaten 5,64. Silber 100,00. Marknoten 58,52. Russische Banknoten 1,20. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolfs 165,75. Franz. Josef —. Durch. Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 229,75. Tramway 227,00. Buschfehrader —. Oester. 5proz. Papier 93,25.

Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 314,50. österr. Kreditaktien 314,50. Franzosen 314,60. Lombarden —. 4proz. ungar. Goldrente 89,02. Galizier —. Elbthal —. Nordbahn —. österreich. Papierrente —. Nordwestbahn —. Anglo-Austri. 117,00.

Wien, 5. Märs. Ungar. Kreditaktien 316,25. österr. Kreditaktien 317,40. Franzosen 346,00. Lombarden 146,60. Galizier 309,90. Nordwestbahn 210,00. Elbthal 231,75. österr. Papierrente 78,40. do. Goldrente —. 6 proz. ungar. Goldrente —. do. 5 proz. Papierrente —. 4 proz. ungar. Goldrente 89,30. Marknoten 58,55. Napoleon 9,49. Bankverein 113,75. Anglo-Austrian —. Fest.

Wien, 5. Märs. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 314,75. österr. Kreditaktien 314,00. Franzosen 343,80. Lombarden 145,25. Galizier 309,00. Nordwestbahn 209,50. Elbthal 229,50. österr. Papierrente 78,37. do. Goldrente 97,80. ungar. 6 proz. Goldrente 119,90. do. 4proz. Goldrente 88,85. do. 5proz. Papierrente 87,10. Marknoten 8,52. Napoleon 9,49. Bankverein 112,75. Ruhig.

Paris, 5. Märs. (Schluss-Course.) Fest. 3 proz. amortisirb. Rente 82,85. 3proz. Rente 82,32. Inleihde 1872 115,90. Italien. 5proz. Rente 89,90. Österreich. Goldrente 83,7. 6proz. ungar. Goldrente 102. 4proz. ungar. Goldrente 76. 5proz. Russen de 1877 92. Franzosen 727,50. Lombard. Eisenbahn. Attien 313,75. Lombard. Prioritäten 289,00. Türk. Loope de 1885 12,52. Türk. Loope 58,00. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 432,00. Spanier neue 63. do. inter. —. Suzanal-Aktion 236,00. Banque ottomane 766,00. Union gen. —. Credit soncier 1390,00. Egypter 378,00. Banque de Paris 1065. Banque d'escompte 545,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,22. 5proz. Numänische Anteile —.

Florenz, 5. Märs. 5proz. Italien. Rente 90,52. Gold 20,10. Petersburg, 5. Märs. Wechsel auf London 24,72. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe 92.

London, 5. Märs. Conios 102. Italien. örtigen Rente 89. Lombarden 12,7. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 86. 5proz. Russen de 1872 88. 5proz. Russen de 1873 87. 5proz. Türk. Loope de 1865 12,7. 3proz. fundierte Amerik. 106,7. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 75. Oester. Goldrente 83. Spanier 63. Egypter 74. Ottomansbank 20. Schwach.

Silber 51. Platzdiskont 2,5 p. St. Aus der Bank flossen heute 100,000 Pfd. Sterl.

Produkten-Kurse.

Köln, 5. Märs. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger Loco 19,50. fremder Loco 20,50. per Märs 19,45. per Mai 19,75. per Juli 20,05. Roggen Loco 14,50. pr. Märs 14,20. per Mai 14,45. per Juli 14,65. Hafer Loco 14,50. Rübbel Loco 39,50. pr. Märs 39,80. per Oktober 32,20.

Bremen, 5. Märs. Petroleum. (Schlussbericht.) Rubig. Standard white Loco 7,25 bez. u. Br. per April 7,45 Br. per Mai 7,55 Br. per Juni 7,65 Br. per August-Dezember 8,10 Br.

Hamburg, 5. Märs. (Getreidemarkt.) Weizen Loco unverändert, auf Termine rubig. per April-Mai 184,00 Br. 183,00 Gd. per Mai-Juni 186,00 Gd. 185,00 Gd. — Roggen Loco unv. auf Termine rubig. per April-Mai 184,00 Br. 183,00 Gd. per Mai-Juni 184,00 Br. 183,00 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rübbel fest. Loco 79. per Mai 78,00. Spiritus höher geb. per Märs 42 Br. per April-Mai 41 Br. per Juni-Juli 41 Br. per Juli-August 42 Br.

Kaffee lebhaft. Umlauf 5000 Sac. — Petroleum matt. Standard white Loco 7,50 Br. 7,40 Gd. per Märs 7,50 Gd. per August-Dezember 8,20 Gd. Wetter: Trüb.

Wien, 5. Märs. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,00 Gd. 10,05 Br. per Herbst 10,45 Gd. 10,50 Br. Roggen per Frühjahr 7,60 Gd. 7,65 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,85 Gd. 6,90 Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,85 Gd. 6,90 Br.

Berl. 5. Märs. Produktentmarkt. Weizen Loco fest. per Frühjahr 9,50 Gd. 9,52 Br. per Herbst 10,20 Gd. 10,22 Br. Hafer per Frühjahr 6,38 Gd. 6,38 Br. Mais per Mai-Juni 6,35 Gd. 6,36 Br. Kohlraps pr. Aug.-September 57.

Amsterdam, 5. Märs. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen auf Termine unverändert. pr. Märs 167. pr. Mai 168. Roggen pr. Frühjahr —. pr. Herbst —. pr. Rübbel Loco 44. pr. Mai 44. pr. Herbst 37.

flau, auf Termine unverändert. pr. Märs 167. pr. Mai 168. Roggen pr. Frühjahr —. pr. Herbst —. pr. Rübbel Loco 44. pr. Mai 44. pr. Herbst 37.

Antwerpen, 5. Märs. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Rala finites Type weiß. Loco 18,5 bez. u. Br. per April 18,5 Br. per Mai 18,5 Br. per September-Dezember 20,5 Br. Weichend.

Paris, 5. Märs. Produktentmarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest. ver Märs 25,60. ver April 25,80. ver Mai-Juni 26,60. ver Mai-August 27,10. — Roggen fest. ver Märs 16,00. ver Mai-August 17,25. — Mehl 9 Marques fest. ver Märs 57,25. ver April 57,60. ver Mai-Juni 58,50. ver Mai-August 59,50. — Rübbel fest. ver Märs 106,50. ver April 107,00. ver Mai-August 101,00. ver Sept.-Okt. 82,75. Spiritus rubig. ver Märs 54,50. ver April 54,75. ver Mai-August 54,75. ver September-Dezember 53,50. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Märs. Rohzucker 88° Loco fest. 50,25 a 50,50. Weicher Zucker fest. Nr. 3 pr. 100 Kilogr. ver Märs 59,00. ver April 59,50. ver Mai-August 60,80. ver Oktober-Januar 59,75.

Glasgow, 5. Märs. Roheisen. (Schluss.) Waged number warrants 47 sh. 8 d.

London, 5. Märs. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 5. Märs. Getreidemarkt (Anfangsbericht.) Weizen und Mehl träge. Gerste unverändert. Hafer und Mais fest.

London, 5. Märs. Havanna-Zucker Nr. 12 22. Stetig. London, 5. Märs. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 24. Februar bis zum 2. März: Englischer Weizen 3663, fremder 19,619, engl. Gerste 1910, fremde 13,659, engl. Malzgerste 21,870, fremde 41, englischer Hafer 10,246, fremder 10,241 Orts. Englisches Mehl 19,438, fremdes 61,607 Sac und 51515 Fah.

Liverpool, 5. Märs. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Ruthmälicher Umlauf 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 11,00 Ballen. davon 2000 B. amerikanische.

Liverpool, 5. Märs. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umlauf 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Unverändert. Middl. amerikanische Märs-Lieferung 5,5. Märs-April-Lieferung 5,5. April-Mai-Lieferung 5,5. Mai-Juni-Lieferung 5,5. Juni-Juli-Lieferung 5,5. Juli-August-Lieferung 5,5. August-September-Lieferung 5,5 d.

Stettin, 5. Märs. [An der Börse.] Wetter: Trüb. + 3° R. Nachts — 3° R. Barometer 28,6. Wind: NW.

Weizen unverändert. per 1000 Kilo Loco gelber 176—186 M., weißer 176—186 Marl, geringer und feuchter 120—160 Marl, per April-Mai 188 M. bez. per Mai-Juni 189,5 M. bez. per Juni-Juli 191 M. bez. per Juli-August 192,5 M. bez. per September-Oktober 195 M. Br. u. Gd. — Roggen still. per 1000 Kilogr. Loco inländischer 120—126 M., geringer und feuchter 100 bis 118 M. per April-Mai 133 M. bez. per Mai-Juni 135,5—135—135 M. bez. per Juni-Juli 137,5 M. bez. per Juli-August 139—139,5 M. bez. per September-Oktober 141 M. bez. — Gerste wenig verändert. per 1000 Kilo Loco Pommersche, Oderbrück u. Märkte 115 bis 120 Marl, geringe 105—110 Marl, seine Qualität 125—145 Marl. — Hafer unverändert. per 1000 Kilo Loco Pommersche 105—117 M. — Winter rüben unverändert. per 1000 Kilogramm per April-Mai 305 M. Gd. per September-Oktober 284 M. bez. — Winter raps per 1000 Kilo — R. — Rübbel fest. per 100 Kilo Loco ohne Fas bei Kleinigkeiten flüssiges 81 M. Br. per Märs 80,5 Marl Br. per April-Mai 80,5 M. bez. 81 M. Br. u. Gd. per September-Oktober 63 M. bez. — Spiritus wenig verändert. per 10,000 Liter — Loco ohne Fas 52,3 M. bez. mit Fas — M. bez. kurze Lieferung ohne Fas — M. per Märs 52,3 M. nom. per April-Mai 53,3 M. Br. u. Gd. per Mai-Juni 53,9 M. Br. u. Gd. per Juni-Juli 54,6 Marl Br. u. Gd. per Juli-August 55,5 M. bez. 55,4 M. Br. u. Gd. per September — M. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreise: Weizen — M., Roggen — M., Rübbel — M., Rübbel 80,5 M. Spiritus 52,3 M. — Petroleum Loco 8,3—8,35 M. trans. bez. Kleinigkeiten 8,4 M. tr. bez. Regulierungspreis 8,35 Marl tr. alle Umlauf — Marl trans.

** Leipzig, 3. Märs. [Produkten-Bericht von Hermann Jastrow.] Wetter: Schön. Wind: NO. Barometer, früh 28,3". Thermometer, früh — 1°. Weizen der 1000 Kilogramm Netto matt, Loco hiesiger 135 bis 180 M. bez. u. Br. do. ausländ. 180—210 M. bez. u. Br. — Roggen per 1000 Kilogramm Netto matt, Loco hiesiger 130—148 M. bez. u. Br. do. hiesiger fest 125—130 M. bez. u. Br. — Gerste per 1000 Kilo Netto Loco Brau. 160—175 M. bez. u. Br. do. gering. 110—135 M. bez. u. Br. — Walz per 50 Kilo Netto Loco 13 bis 14 M. bez. u. Br. do. Saal 14,80—15,30 M. bezahlt. Schleudis. — Hafer pro 1000 Kilo Netto Loco 120—135 M. bez. — Mais pr. 1000 Kilo Netto Loco amerikanischer —. do. ungarischer —. M. bez. do. rumän. 150 M. bez. pro Märs neuer — M. bez. — Brief. — Weiden pr. 1000 Kilo Netto Loco 120—170 Marl. — Gräben pr. 1000 Kilo Netto großer gut 220—240 M. bez. do. kleine gut 150—170 Marl. do. Futter 140—150 M. — Bohnen pr. 100 Kilo Netto Loco 20—26 M. bez. u. Br. — Lupinen pr. 1000 Kilo Netto Loco gelb 115—120 Marl Br. — Delfa sat pr. 1000 Kilo Netto Ray 8 330 M. Gd. — Leinsaat mittel 180—220 M. bez. u. Br. do. fein — M. bez. u. Br. — Rübbel — M. — Delfa sat pr. 100 Kilo Loco hiesiger 14 Marl Brief. — Rübbel rohes per 100 Kilogramm Netto ohne Fas geschäftslös, Loco 77 M. Br. per Märs April 77 M. Br. — Leinsat per 100 Kilo Netto ohne Fas — bez. Mohnöl per 100 Kilogr. Netto ohne Fas Loco hiesiges 108 bis 110 Marl Brief. do. ausländisches 72 bis 75 M. Brief. — Kleesat per 50 Kilogramm Netto fest, Loco weiß nach Dual. 60—95 bez. do. roth 70—85 M. bez. do. schwedischer 60—110 M. bez. — Spiritus per 10,000 Liter % ohne Fas etwas

Produkten-Börse.

Berlin, 5. März. Wind: SSW. — Wetter: Nachtfrost, schön. Wir hatten heute einen wenig interessanten und ebenso wenig belebten Markt, ohne bestimmte Tendenz.

Loko-Woche ist ein ferner reichlich angeboten, fand nur schwerfällig Nehmer. Für Termine entwickelte anfänglich die Konsulatneigung zu Anläufen, die sie im weiteren Verlaufe wieder aufgab, weil sie gar zu wenig "Gegenliebe" fand; im Gegentheil erlangte schwaches Angebot die Oberhand, so daß schließlich alle Sichten fast ganz so wie vorgestern notirt werden mußten.

Loko-Rogggen mehr als genügend zugeführt, verlautete sich zu unveränderten Preisen schwerfällig. Auf Termine wirkten die andauern den Nachfristen stellenweise günstig, weil der Anblick der Felder natürlich kein erfreulicher ist — glücklicher Weise ist nun aber von Vegetation noch keine Rede und darum darf es nicht Wunder nehmen, wenn die Kauflust für Sommersichten heute schwächer vertreten war als in längster Zeit überhaupt. Rennenswerthe Veränderung haben die Kurse bei stillrem Verkehr gar nicht erfahren.

Loko-Häfer, ebenso wie Termine, matt. Rogggenmehl wenig verändert. Mais in effektiver Ware angefragt und fest. Termine still. Mühl schwankte auf durchschnittlich höherem Niveau nicht unerheblich. Im Allgemeinen schloß der Artikel kaum anders, als vorgestern.

Petroleum matt. Spiritus in effektiver Ware reichlich zugeführt notirt billiger. In Folge dessen nahmen auch Termine nach festem Ansatz matte Tendenz an und schlossen alle Sichten ein paar Groschen billiger als Sonnabend.

(Amtlich). Weizen per 1000 Kilogramm loko 120—202 Mark nach Qual. mittel — ab Bahn bez., volnisher — bez., aelther mährischer

und schlesischer — ab Bahn bezahlt, per diesen Monat — M. bez., per April-Mai 185,25—184,25 M. bez., per Mai-Juni 186,5—186 bez., per Juni-Juli 189,5—189,25 bez., per Juli-August 191,5 bez., per August-September — M. bez., per Sept.-Okt. 193,5 M. bez. — Gekündigt — Str. Kündigungsspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Rogggen per 1000 Kilogramm loko 115—138 nach Qualität, inländischer Hammer 118—123, mittel —, guter 128—132, feiner 133 bis 135 ab Bahn bez., per diesen Monat und März-April 135,25 bez., per April-Mai 136,75 bez., per Mai-Juni 138 bezahlt, per Juni-Juli 140 bez., per Juli-August — M. bezahlt, per Sept.-Okt. — M. bez. — Gekündigt 600 Str. Kündigungsspreis — Mark per 1000 Kilogramm.

Gerte per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 M. nach Qualität.

Häfer per 1000 Kilogramm loko 115—150 nach Qualität, per diesen Monat —, preußischer 118—132, do. ord. —, do. mit Geruch —, pomm. 115—130, guter do. —, mittel do. —, mit Geruch —, bez., per April-Mai 121,5 bez., per Mai-Juni 122,25 bez. und Gd. Juni-Juli 124 nom. — Gekündigt — Bentner. Kündigungsspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Mais loko — nach Qualität, per diesen Monat — Mark bes. DonauMais — M. per April-Mai — M. bezahlt. — Gekündigt —, Str. Kündigungsspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Erbse in Kochware 150—220, Futterware 135—145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Rogggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inlf. Saat per diesen Monat und März-April 19,70—19,75 bezahlt, April-Mai und Mai-Juni 19,80—19,85 M. bez., per Juni-Juli 20,05 bez., September-Okt. 20,50 bez. — Gekündigt 500 Bentner.

Weizennmehl Nr. 00 26,50—24,50. Nr. 0 24,25—22,50. Nr. 0

1 21,50—20,50. — Rogggenmehl Nr. 0 21,25—20,25. Nr. 1 19,75—18,75. Keine Marken über Notiz bezahlt. Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Fas — bez., ohne Fas 30 M. per diesen Monat und per März-April — bezahlt, per Mai 82—82,9—82—82,2 bez., per Mai-Juni 80,8—81,8—81 bezahlt, per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Okt. 62,9—62,2 bezahlt. — Gekündigt — Bentner. Petroleum, raffinirtes (Standart white) per 100 Kilogramm Fas in Posten von 100 Kilogr. loko — bez., per diesen Monat 20 bis 23,4 bez., per März-April 23,3 M. bez., per Sept.-Okt. 24 M. — Gekündigt — Bentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter 100 loko ohne Fas 53,4—53,2 bezahlt, loko mit Fas — bezahlt, diesen Monat und per März-April 53,4—53,3 bez., per April-Mai 55,4—55,1 M. bezahlt, per Juli-August 56,1—55,9 M. bezahlt, per August-September 56,3—56,1 bezahlt, per September-Okt. 56,1 bezahlt. — Gekündigt — Liter.

Bromberg, 5. Mär. (Bericht der Handelskammer) Weizen flau, hochbunt und glanzfeiner 175—180 hellbunt gute mittlere Qualität 150—170 Mark, abfallende Qualität mit Auswuchs 120—145 Mark. — Rogggen matt, inländischer feinst 120—122 Mark, mittlere Qualität 117—geringe Flamme Qualität 110—115 Mark. — Gerste Brauware 125—135 Mark, große und kleine Futterware 100—115 Mark. — Häfer loko feiner 120—125, geringer 100—115 M. — Erbsen, Kochware 140—160 Futterware 115—125 M. — Mais, Rüben und Kartoffel Handel — Spiritus höher, pro 100 Liter a 100 Prozent 50,70 51 Mark. — Ruhelius 20,00 Mark.

Von den fremden Fonds sind Russische Wertthe als meist schwach zu nennen, Ungarische Goldrente wenig verändert. Deutsche und preußische Staatsfonds verlebten in fester Haltung mäßig lebhaft. Banknoten waren fest und mäßig belebt; Diskonto-Kommanditanteile schwächer, Deutsche Bank, Darmstädter Bank etwas beflügelt. Industriepapiere fest aber rubig; Montanwerthe behauptet, Hamburg abgeschwächt. Von inländ. Eisenbahntiteln waren Ostpreußische belebt und etwas höher, auch Marienburg-Magdeburg-Altona-Kiel etwas besser; Hamburg 61,0 niedriger; auch Mecklenburgische, Oberschlesische, Schlesische

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 5. März. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit gegen Sonnabend meist wenig veränderten Kurzen. Die Spekulation hielt sich sehr reservirt und das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen ruhiger. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notrungen lauteten meist günstig, gewannen aber keinen bestimmten Einfluß auf die Stimmung. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Tendenz, von Russischen Werthen ausgehend, ziemlich allgemein ab und blieb dann schwankend.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wochenseiten.	Ausländische Fonds.	Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.	Berlin-Dresden-St. g. 4	103,00 M	West-Balt. B. (Elbth.) 5	86,70 b	Nord. Bank. 10t	159,50 G
Newyork. St.-Anl. 16	do. do. 7	Dividenden pro 1881.	Berl.-Görlitzer son. 4	103,00 M	Raab-Graa (Pranl.) 4	84,00 G	Kord. Grundb. 0	48,00 G
Brüssel. u. Antwerpen	do. do.	Aachen-Maastrich 1	53,25 b	Berl.-Ham. I. II. 4	101,00 b	Nied.-P. (S.-N. B.) 5	101,50	55,00 G
100 Fr. 8 L. 3	48,00 b	Altona-Riebel 10	216,00 b	Berl.-P. Magd.A.B. 4	101,00 G	Oldenb. Spar. 15	158,50	55,00 G
London 1 Ltr. 8 L. 3	90,10 b	Berlin-Dresden 0	18,90 b	Berl.-P. Lit. C. 4	101,00 G	Schweiz-Etr.R.O.B. 4	142	115,50
Paris 100 Fr. 8 L. 3	101,50 G	Berlin-Hamburg 17	338,00 b	Berl.-Lit. C. neue 4	101,00 G	Sdöf. Bahn 100% (Lomb.) 80	12	24,50 G
Wien, östl. Bälz 8 L. 4	170,75 b	Bresl.-S.-Erbg. 4	106,90 b	Berl.-Lit. D. neue 4	103,50 b	Petersb. Dis. B. 142	7	120,50
Weterb. 100 Fr. 8 L. 6	204,90 b	do. do. 5	58,20 b	Berl.-St. II. III. VI. 4	101,20 b	Petersb. St. B. 12	12	24,50 G
Wartch. 100 Fr. 8 L. 6	205,40 b	do. Silber-Rente 4	66,90 a	B.-Schw.-D.E.F. 4	do.	Bonn. Hyp.-Bf. 0	7	46,00 G
Geldsorten und Banknoten.	do. do. 6	250 Fr. 1854 4	112,75 G	B.-Lit. G. 4	do.	Bosener Prov. 7	7	120,50
Sovereigns pr. St.	20,38 G	do. Kredit. 1858 4	326,00 b	B.-Lit. H. 4	do.	Bos. Landw. B. 5	5	78,50
20-Francs-Stück	16,21 G	do. do. 7	121,50 b	B.-Lit. I. 4	do.	Pos. Sprit.-Bank 5	5	73,20
Dollars pr. St.	4,22 G	do. do. 1864 4	318,50 G	B.-Lit. K. 4	do.	Preuß. Bodn.-B. 6	6	109,90
Imperials pr. St.	139,60 G	Pester Stadt-Anl. 6	88,40 b	B.-de 1876 5	104,75 b	Br. Entr. Bd. 40	8	123,50
Engl. Banknoten	20,45 b	do. do. kleine 6	90,00 b	B.-de 1879 5	104,75 b	Br. Hyp.-Aft.-Bf. 4	4	85,10
Fransösl. Banknot.	81,10 G	Poln. Pfandbriefe 6	64,00 b	Cöln.-Mind. 31 g. IV. 4	101,40 b	Br. P. B. A. G. 25	3	88,50
Osterr. Banknot.	170,90 b	do. Liquidat. 4	55,90 b	Cöln.-Mün. 31 g. IV. 4	101,40 b	Br. zum.-B. 80%	8	112,00
Russ. Noten 100 R.	205,60 b	Rum. mittel u. II. 8	111,00 G	do. V. Em. 4	do.	Reichsbank 6	5	150,50
do. do. 8	do. do. 103,60 b	do. St.-Obligat. 6	103,60 b	VI. Em. 4	105,20 b	Norddeut. Bank 5	5	97,50
do. do. 9	do. do. 97,40 b	do. do. 1872 5	85,90 b	do. VII. Em. 4	103,10 b	Sächsische Bank 5	5	121,10
Russ. Eng. Anl. 1822 5	85,90 b	do. do. 1873 5	88,40 b	do. do. 62 t. 4	103,40 b	Schaffh. B.-Ver. 34	3	90,50
do. do. 10	do. do. 1862 5	do. do. 1877 5	92,20 b	do. do. 128,80 e	101,00 b	Kurzf.-Charl.-Asow 7	7	128,00
do. do. 11	do. do. 1862 5	do. do. 1880 4	72,90 b	do. do. 1881 4	100,00 G	Brest.-Grajewo 5	5	87,90
do. do. 12	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1882 4	101,40 b	Charl.-Kow. gar. 5	5	91,25
do. do. 13	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1875 1876 5	104,50 b	Charl.-Krement 5	5	91,25
do. do. 14	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1878 5	104,50 b	Gr. Russ. Eisb.-G. 3	3	65,90
do. do. 15	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1881 4	100,00 G	Zeles-Drel. gar. 5	5	92,50
do. do. 16	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1882 4	101,00 b	Zeles-Wocenich 5	5	83,60
do. do. 17	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1883 4	100,50 b	Koslow-Woronsch. 5	5	98,10
do. do. 18	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1884 4	103,40 b	do. Obligationen 5	5	83,25
do. do. 19	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1885 1876 5	104,50 b	Kursl.-Charl.-Asow 5	5	93,75
do. do. 20	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1878 5	104,50 b	Kursl.-Charl.-Asow 5	5	84,25
do. do. 21	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1886 4	100,00 G	Kursl.-Riem. gar. 5	5	100,50
do. do. 22	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1887 4	100,00 b	do. kleine 5	5	100,50
do. do. 23	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1888 4	100,00 b	Iosif.-Sewastopol 5	5	77,25
do. do. 24	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1889 4	100,00 b	Mosco.-Rjasan gar. 5	5	103,30
do. do. 25	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,10 a	do. do. 1890 4	104,50 b	Mosco.-Smolenst. 5	5	94,50
do. do. 26	do. do. 1866 5	do. do. 1880 4	58,1					